

Die hohenzollerische Frage gelöst

Das Gesetz über Selbstverwaltung Hohenzollerns vom Landtag mit 2 Stimmenthaltungen angenommen

BEBENHAUSEN. (Eig. Bericht). Eine denkwürdige Sitzung, die 90. des Landtags von Württemberg-Hohenzollern, Das Hohe Haus und vor allem die in ihm vertretenen Württemberger zeigten volles Verständnis für die Traditionen der hohenzollerischen Länder, wie er seit der freiwilligen Abdankung ihrer regierenden Fürsten im Jahre 1848 das inzwischen auf zwei Kreise vereinfachte Gebiet Hohenzollern mit seinen heute 85 000 Einwohnern benannt wird. Der mit den Abänderungen des Rechts- und Verwaltungsausschusses durchgesprochene Regierungsentwurf wurde fast einstimmig von dem gut besetzten Landtag nach dreistündiger Aussprache — von Debatte kann man eigentlich nicht sprechen — zum Gesetz für das Land Württemberg-Hohenzollern erhoben.

Vernunft und Einsicht dokumentierten sich ebenso sehr wie der bei uns zu Lande starke geschichtliche Sinn. Ein fataler Zwischenzustand scheint nun endgültig beseitigt, von nun an weiß unsere Regierung, an wen sie sich politisch und verwaltungsmäßig halten muß — an den wieder in seine alten Rechte, wie sie bis 1933 bestanden, eingesetzten Kommunalverband, dessen ausführende Organe der Kommunalparlamentarismus ist. Dem Stamm nach zu Schwaben gehörend, sind die zwei Kreise Hechingen und Sigmaringen unter Wahrung ihrer politisch bedeutsamen Vergangenheit nun auch verwaltungsmäßig in einen rechtlich beide Partner — Württemberg und Hohenzollern — befriedigenden Zustand der engsten Zusammenarbeit gerückt. Das ist gut so, wenn auch die Weltgeschichte davon keine Notiz nimmt, in der Landesgeschichte beider Länder aber war diese Sitzung ein Zeichen der gegenseitigen Treue und des Verständnisses.

Staatspräsident Dr. Gebhard Müller, dessen gerechtem und ausgleichendem Wirken wohl der Entwurf in erster Linie zu danken ist, gab zu Beginn einen geschichtlichen Überblick. Schon seit der ersten Zertrümmerung ihrer Stammburg durch Heirichte von Württemberg, fühlten sich die regierenden, im alten Habsburger Reich zu höchsten Ehren emporgestiegenen Fürsten der beiden Hauptlinien mit ihren brandenburgischen Verwandten besonders verbunden. Das kam in vielen Verträgen, Hilfeleistungen und Familienstatuten zum Ausdruck. Es war darum nur logisch, wenn in der 1848er Revolution die Herren ihre Gebiete dem preußischen König vermachten — freilich ohne das Volk darüber zu befragen, ob es nun auch preu-

sisch werden wolle. Die preußische Verwaltungstätigkeit war nicht schlecht, paßte sie sich doch recht eng an die süddeutschen Verfassungen an, was der Abg. Gog (CDU) in der Aussprache noch besonders betonte. Die diesbezüglichen Gesetze atmeten ebenso sehr humanen süddeutschen als auch strengeren preußischen Geist. Nach dem Sturz der Hohenzollern-Dynastie demokratisierte sich die hohenzollerische Verwaltung, die de jure noch preussisch blieb, im Sinne der Provinziallandtage, das heißt die unmittelbare Demokratie kam nicht zu Wort.

Sie kam auch bei der durch das alliierte Kontrollratsgesetz bestimmten Auflösung

Preußens — die logische Folge wäre ja auch eine Auflösung Hohenzollerns gewesen — und der Einfügung der Gebiete in die württembergische Verfassung vom Mai 1947 nicht zu Wort. Vielleicht — dies Indessen ist die Meinung des Journalisten — müßte man nun einmal heute die Einwohner der hohenzollerischen Länder darüber abstimmen lassen, ob sie württembergisch werden wollen.

Dr. Gebhard Müllers Entwurf basiert nun — und dies ist seine von allen Parteien anerkannte höchst demokratische Leistung — auf der Wiederherstellung der hohenzollerischen Selbstverwaltungsrechte, wie sie bis 1933 bestanden. Der Kommunalverband ist oberstes Beschlussorgan und der Entwurf handelt von dessen Aufgaben, dessen Zusammensetzung, dessen Zuständigkeit usw. Der Gesetzgeber sprach die begründete Hoffnung aus, daß der Entwurf alle hohenzollerischen Wünsche befriedigen kann.

In der Aussprache dankte der Abg. Gog (CDU) dem Staatspräsidenten und sprach davon, daß die hier konzipierte und aus einer

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die SED schließt aus

Mehrere führende Funktionäre ihrer Ämter enthoben

BERLIN. „Wegen Verbindung mit dem Agenten der amerikanischen Spionage, Noel H. Field, und umfangreicher Hilfe für den Klassenfeind“ hat das Politbüro der SED sechs führende Parteimitglieder ausgeschlossen und vier weitere ihrer Ämter enthoben.

Nach der Meldung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ wurden aus der Partei ausgestoßen: Der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Paul Merker, der bisherige Chefredakteur des Berliner Rundfunks, Leo Bauer, der frühere Chefredakteur des Berliner Rundfunks und bisherige Abteilungsleiter im Amt für Information, Bruno Goldhammer, der Generaldirektor der Eisenbahn in der Sowjetzone, Willi

Kreikemeyer, der frühere Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“ und bisherige Chefredakteur der kommunistischen „Friedenspost“, Lex Ende und Maria Weiterer.

Der Intendant des Deutschen Theaters im Sowjetsektor Berlins, Wolfgang Langhoff, und die Funktionäre Bruno Fuhrmann, Hans Teubner und Walter Belling, wurden ihrer Funktionen enthoben. Ihre Arbeit habe zu einer „mittelbaren Unterstützung des Klassenfeindes“ geführt. Dieser Schritt wird vom „Neuen Deutschland“ als den Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus genannt.

Die Ausgeschlossenen haben sich während des Dritten Reiches in westlichen Ländern aufgehalten und alliierte Agenten in der Schweiz mit Nachrichten versorgt. Der amerikanische Leiter der Hilfsorganisation des „Unitarian Service Committee“, Field, mit dem sie Verbindung unterhalten hätten, sei in Wirklichkeit ein Mitarbeiter der amerikanischen Spionage gewesen, behauptet das „Neue Deutschland“. Der Grund für Fields Erfolge sei weniger seine eigene Geschicklichkeit als die „geradezu verbrecherische politische Sorglosigkeit“ der im Beschluß des Zentralkomitees erwähnten ehemaligen Mitglieder der deutschen Emigrationsleitungen der westlichen Länder gewesen.“ Die Ausgeschlossenen hätten vor allem kein Vertrauen zur Sowjetunion als der „führenden fortschrittlichen Kraft, an der kein Zweifel möglich ist“, gehabt.

War das einmal schön

a. h. Den Außenministern der Westmächte wird bei ihren in wenigen Tagen in Washington beginnenden Besprechungen auch die Denkschrift Adenauers vorliegen über die innere und äußere Sicherheit Westdeutschlands. Sie werden dann zu prüfen haben, wie weit sie den Vorschlägen und Anregungen des Bundeskanzlers entsprechen wollen und können. Seit den Kämpfen in Korea besteht nirgends mehr ein Zweifel darüber, daß sich die Amerikaner nach 1945 einem allzu sträflichen Optimismus hingegeben haben, den jetzt in erster Linie diejenigen büßen müssen, die sich ohne nähere Prüfung auf die amerikanische Stärke verlassen haben. Auch wenn sich das amerikanische Volk nun mit einer fast verbissenen Energie daran gemacht hat, die Verhältnisse der vergangenen Jahre nachzuziehen, und wenn es auch mit einem Rück die Roosevelt'schen Hirngespinnste eines friedliebenden Rußland, das sich schon eines Tages in die Gemeinschaft der Völker wie ein Musterschüler einordnen werde, über Bord geworfen hat, kann doch nichts daran geändert werden, daß der Krisenzustand sich noch über einige Zeit erstrecken wird. So lange nämlich, als die amerikanische und die europäische Rüstung nicht einen Höchststand erreicht haben.

In der Auffassung nun, ob Europa und insbesondere Deutschland heil durch diese Gefahrenzone gelangt, ohne daß es auch bei uns zu irgendwelchen Zwischenfällen, „Bürgerkriegen“ oder sonstigen Aggressionen kommt, gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Die Westmächte haben es sich selbst zuzuschreiben, und sie haben gar keinen Grund, sich jetzt darüber zu beklagen, wenn sich in Westdeutschland die pessimistische Auffassung wie eine Seuche verbreitet hat. Heute lautet fast in jedem Gespräch die zweite Frage: „Was machen Sie, wenn der Russe kommt?“ Es wird bei unserem Volke, das aus erdlichen Gründen nun einmal besonders anfällig ist, einiger Zeit bedürfen, bis es den Schock überwunden hat, in den auch es die Vorgänge in Korea versetzt haben. Da helfen alle Beteuerungen nichts, daß der Russe hier nicht wagen werde, was er sich dort geleistet hat, weil er bei uns sofort und direkt auf die Amerikaner stoßen und damit automatisch den dritten Weltkrieg auslösen würde. Man kann auch hundertmal versichern, daß in einem solchen Falle der Russe am Ende unweigerlich verlieren würde, weil das amerikanische Rüstungspotential noch auf lange Zeit hinaus wesentlich größer sein wird als das russische. Den Nervenkrieg in Deutschland hat der Russe auf jeden Fall bereits zu einem guten Teil gewonnen. Die kommunistische Flüsterpropaganda, die versteckten Drohungen mit einer „Säuberung“, der alle die unterzogen werden sollen, die sich gegen den „nationalen Widerstand“, wie ihn die Kommunisten verstehen, gewandt haben — das alles hat seine Früchte getragen.

Allerdings hat diese kommunistische Politik auch noch eine zweite Seite. Sie ist geeignet, sehr nachhaltig die Darstellung Adenauers über die unsichere und gefährdete äußere und innere Lage der Bundesrepublik zu unterstreichen und sie gibt erst seiner Forderung nach einer starken Polizeitruppe den notwendigen Rückhalt, so daß mit deren Bewilligung ohne weiteres zu rechnen ist. Allerdings werden wir auch mit einer solchen Polizeitruppe noch keineswegs gesichert sein. Wir sind es nicht einmal, wenn die Engländer und die Amerikaner, wenigstens in der Zukunft, die Zahl ihrer Truppen in Deutschland erheblich verstärken. Denn wenn die ängstlichen Gemüter erfahren, daß auch in einem solchen Fall noch nur rund ein Dutzend anglo-amerikanische Divisionen vorsichtig geschätzten 35 russischen Divisionen, die allein in Osteuropa stehen, gegenüber treten müssen, werden sie doch nicht viel beruhigter sein. Es handelt sich eben auch bei dieser Verstärkung mehr nur um eine symbolische Geste, die lediglich zeigen soll, daß die Amerikaner entschlossen sind, Europa nicht aufzugeben.

Wichtiger und auch für uns entscheidender als ein solches Pflaster einer kleinen Verstärkung in Europa wird es dagegen sein, nach welcher Richtung sich in der nächsten Zeit die amerikanische Politik gegenüber Asien entwickeln wird. Truman und Acheson sind fest entschlossen, das Menschenmögliche zu tun, um ein Uebergreifen des koreanischen Krieges auf China oder ein Hineinziehen dieser kommunistischen Republik in den Kampf zu verhindern. Sie hatten deshalb schon die Formosa-Garantie mit sehr gemischten Gefühlen gegeben. Auf der anderen Seite sind aber in den USA starke Kräfte am Werk, deren sichtbarster Exponent McArthur ist, die mit allen Mitteln versuchen, die ganze bisherige Asienpolitik Trumans einer Revision zu unterziehen und die, nur um dieses Ziel zu erreichen, nicht einmal vor einem Präventivkrieg gegen Rußland zurückschrecken würden. Sogar das Kabinettsmitglied Matthews hat kürzlich in diesem Sinne gesprochen und damit zugleich auch dem Empfinden sehr vieler Amerikaner Ausdruck gegeben, die der Meinung sind, man müsse den jetzigen Zustand der Unsicherheit mit einem Faustschlag

Nationalistensieg in Südwestafrika

Malan konnte seine Mehrheit im südafrikanischen Parlament festigen

JOHANNESBURG. Die ersten Wahlen in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika haben der Nationalistenpartei des Ministerpräsidenten Malan einen überwältigenden Sieg gebracht. Sie konnte sämtliche ausgeschrieben sechs Sitze im Unionsparlament und 16 von den 18 Sitzen im Regionalparlament in Südwestafrika erringen. Die Zusammensetzung des südwestafrikanischen Parlaments ermöglicht es außerdem der Nationalistenpartei, die zwei Senatoren zu bestimmen, die Südwestafrika in das Oberhaus der Südafrikanischen Union zu entsenden hat. Zwei weitere Senatoren werden von der Regierung bestimmt. Durch die Wahl in Südwestafrika wird die Nationalistenpartei künftig im Oberhaus über eine Mehrheit von fünf Sitzen gegenüber bisher einem Sitz verfügen. Im Volksrat (Unterhaus) erhöht sich die Mehrheit der Nationalisten auf 12 Sitze.

Ausschlaggebend für den Sieg der Nationalisten dürfte es gewesen sein, daß es ihnen gelungen ist, mit ihrem Programm der Rassenunterscheidung und der Nichtachtung der Vereinten Nationen die Wählerschaft zu gewinnen.

Nach Wählerstimmen gerechnet ist die Mehrheit der Nationalisten weniger deutlich als nach der Zahl der Mandate. Von insgesamt 22 467 Wähler stimmten 12 434 für die Nationalisten und 10 033 für die Unionspartei Smuts.

Die „Cape Times“, die Feldmarschall Smuts und seiner Unionspartei nahesteht, bezeich-

net den Wahlausgang als einen Sieg der Deutschen. Von den 3000 Deutschen in Südwestafrika habe die große Mehrheit für die Nationalisten gestimmt. Ministerpräsident Dr. Malan sei jetzt in der Lage, die Eingeborenen völlig zu unterwerfen. Das Regierungsorgan „Die Transvaal“ schreibt, die Wähler hätten der Welt zugerufen, daß sie sich als „die Hüter einer Zukunft der Weißen“ betrachteten. Ziel der Unionspartei sei es gewesen, Südwestafrika an die Fallstricke der Vereinten Nationen zu binden.

Mitbestimmung und Mitwirkung

Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz zum Bundeskabinett verabschiedet

BONN. Das Bundeskabinett hat auf einer Sitzung am Donnerstag den Gesetzentwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz, das die innerbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer regelt, verabschiedet.

Ein Vertreter des Arbeitsministeriums erklärte, das Gesetz sehe ein echtes Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers in sozialen, personellen und arbeitstechnischen Fragen vor. In wirtschaftlichen Entscheidungen sei ein Mitwirkungsrecht vorgesehen. Betriebe mit fünf Beschäftigten sollen nach dem Entwurf einen Betriebsrat haben, bei Betrieben mit 50 Beschäftigten soll noch ein „arbeitstechnischer Ausschuss“ gebildet werden und in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten soll dazu noch ein „Wirtschaftsausschuss“ ins Leben gerufen werden.

In den technischen und wirtschaftlichen Ausschüssen sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sein. Bei Aktiengesellschaften soll ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder von Arbeitnehmern gestellt werden, die dem Betriebe angehören. Diese Vertreter können gleichzeitig vom Betriebsrat und den Gewerkschaften der Hauptversammlung zur Wahl vorgeschlagen werden.

Sollte in den Wirtschaftsausschüssen keine Einigung zu erzielen sein, so sieht der Gesetzentwurf die Anrufung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichtes vor. Sollte sich das Schiedsgericht gegen die Entscheidung des Arbeitgebers aussprechen, so kann dieser trotzdem die von ihm gewünschten Maßnahmen durchführen. Er geht jedoch dabei das Risiko ein, keine Entlassungen vornehmen zu dürfen, falls seine Entscheidung solche später erforderlich machen sollte.

Im personellen Mitbestimmungsrecht sieht

der Kabinettsentwurf das Veto der Arbeiter nur dann vor, wenn der Arbeitsfriede gefährdet ist.

In der öffentlichen Verwaltung der Schifffahrt und der Landwirtschaft findet das Mitbestimmungsrecht vorerst noch keine Anwendung. Hier ist eine stufenweise Mitbestimmung der Arbeitnehmer vorgesehen.

Großoffensive am Naktong

TOKIO. Nachdem die kommunistische Offensive an der Ostküste endgültig zum Stehen gebracht worden war, haben die Kommunisten einen neuen Angriff an der Naktong-Front eingeleitet. Bis Freitagmittag sind ihnen mehrere Einbrüche in die amerikanischen Linien gelungen. Die zweite amerikanische Infanteriedivision ist unter dem Druck des Angriffes bis zu 15 km zurückgegangen.

Fliegendes Laboratorium

LONDON. In Kürze wird das erste „fliegende Laboratorium“ mit Düsenantrieb zu seinem Jungfernflug starten. Die Maschine ist auf Anordnung des britischen Versorgungsministeriums konstruiert worden. Fachleute der Flugzeugindustrie sollen das Verhalten der mit Höchstgeschwindigkeit in Höhen bis zu 15 km fliegenden Maschine feststellen, da man damit rechnet, daß sie für die künftige Entwicklung in der Luftfahrt eine bedeutende Rolle spielen wird. Die drucksicheren Kabinen sind mit empfindlichen Totopparaten und Beobachtungsgeräten ausgestattet, mit denen die Einflüsse eines schnellen Höhenfluges auf die Maschine registriert werden.

Ulbricht dankt

Der Kongreß des FDGB

BERLIN. Vor den rund 4000 Delegierten und Gästen des Bundeskongresses des ostnationalen „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) erklärte der stellvertretende Ministerpräsident und Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, die angloamerikanischen Kriegstreiber würden bei dem Versuch einer „Intervention“ in Deutschland genau dasselbe erleben wie in Korea. Angesichts der amerikanischen „Kriegsprovokationen“ sei eine Stärkung der sowjetischen Staatsmacht im Gebiet der Zonengrenze erforderlich. Ulbricht dankte den „westdeutschen Patrioten“ für die rechtzeitige Informierung der Sowjetzonenregierung über die geheimen „Kriegsvorbereitungen“ in Westdeutschland. Diese werde dadurch in die Lage versetzt, „rechtzeitig durch Mobilisierung des ganzen deutschen Volkes die Kriegstreiber zu verhindern.“



beenden. Wird sich Truman gegen diese Strömung, die bei den kommenden Novemberwahlen eine wichtige Rolle spielen wird, durchzusetzen vermögen? Noch hat der Präsident es vermocht, den amerikanischen „Mikado“ in Japan, McArthur, sehr energisch zurückzuführen, als dieser etwas gar zu selbständig und riskant Chinapolitik auf eigene Faust treiben wollte. Ob dem Präsidenten das auch noch später gelingen wird, etwa auch dann, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zugunsten der mit seiner Asienpolitik unzufriedenen Republikaner verschoben haben sollten? Die Beantwortung der Frage wird auch für Europas Zukunft höchst bedeutsam sein.

Solange es den Russen nicht gelingt, die Amerikaner sich auch noch mit den Chinesen auseinanderzusetzen zu lassen, ist Europa kaum gefährdet. Denn dann könnte immer das ganze Gewicht der amerikanischen Waffenhilfe in entscheidender Weise Europa zugute kommen. Sobald sich die Amerikaner, ob aus eigenem Entschluß oder unter russischer Einwirkung ist gleichgültig, in China festbeiden, hängt auch unser Schicksal nur noch an einem Faden. Er wird mit größter Wahrscheinlichkeit reißen oder gewaltsam durchschnitten werden, wenn die amerikanischen Verwicklungen in China sich in der nächsten Zeit vollziehen, während die europäische Rüstung erst im Werden ist. Solange Korea isoliert bleibt, laufen auch wir nur eine geringe Gefahr. Mit den Vorgängen in Asien ist nun einmal auch unser Schicksal eng verbunden. Muß das im Vergleich zu unserer komplizierten Gegenwart einmal eine sagenhaft schöne Zeit gewesen sein, als es dem Bürger in Europa vollständig gleichgültig sein konnte, wenn sich die Völker „weit hinten in der Türkei“ schlügen!

Die hohenzollerische Frage gelöst

Fortsetzung von Seite 1

langen Tradition gewachsene Selbstverwaltung in der Tat dasjenige Element sei, das den Hohenzoller über den Schmerz seiner staatlichen Unterordnung unter Preußen getröstet habe. Nur meinte Herr Gog, müsse dieser Begriff auch noch in einer tieferen, das Staatsbewußtsein angehenden Weise verankert werden, indem nämlich der Kommunallandtag direkt vom Volke gewählt werden sollte. Das aber würde einen Grad der Ver selbständigung bedeuten, der nicht mehr von dem größeren Ganzen, vom Staate Württemberg-Hohenzollern verantwortet werden könnte. Herr Gog redete der Auffassung einer Tradition das Wort, wenn wir ihn richtig verstanden haben, die doch wohl mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Das eben angeführte Bedenken drückte auch der Abg. Leuzer (FDP) aus. Er gab zu, die beiden Kreise seien anders zu behandeln als altwürttembergische Kreise (das könnte man auch von der Reichsstadt Reutlingen sagen, meinte der Abg. Kalfell, das sei die Sprache des Reichsdeputationshauptausschusses, sagte der Abg. Prof. Karl Schmid). Man müsse das Traditionsgefühl bejahen, aber alle Anklänge vermeiden, die auch nur das geringste Entgegenkommen zuließen, als seien die Lande ein „Staat im Staate“ und die Gebietskörperschaft die Repräsentation eines staatlichen Zweckverbandes.

Innenminister Renner, der als Verwaltungsminister die kräftigsten Auseinandersetzungen mit gewissen fanatischen Hohenzollern zu führen hatte, legte Wert darauf, festzustellen, daß der Entwurf das Aeußerste darstelle, was man wagen könne. Ein Mehr beschwöre

Gefahren herauf. Aus seinen Erfahrungen glaube er sagen zu können, daß man in Hohenzollern einmal daran gedacht habe, dem Landeshauptmann den Rang eines Ministers einzuräumen, die Schwarz-Weißflagge allein — an Stelle von Schwarz-Rot — neben der Bundesflagge zu führen und dergleichen Auswüchse mehr. Was die Auslegung des Begriffs „Gebietskörperschaft“ durch den Abg. Gog anlangt, so stamme diese Auslegung aus der Zeit, bevor das Hecksche Interessenrecht existierte, nämlich aus einer unduldsamen Systematik der Abstraktion.

Auch der Abg. Prof. Schmid stimmte den Einwänden des Ministers zu. Jedoch fragte er die Begriffsjuristen, ob ihre Tüfteleien tatsächlich von dem Volke verstanden und gebilligt würden, denn für die hohenzollerischen Nachbarn sei es doch viel wichtiger zu wissen, wer ihre Beamten bezahle, ihre Gymnasien unterhalte, ihre Straßen verbessere. Man solle sich abgewöhnen von einem hohenzollerischen „Volk“ zu sprechen und dieses pathologische Wort nicht mit den zwei Kreisen in Verbindung bringen. Es sei wahrlich nicht so, als ob der württembergische Leviathan nun die Lande auch noch schlucken wolle, man solle doch einmal abstimmen lassen und man werde sehen, wo die Hohenzollern ihre materiellen Rechte besser gewahrt wüßten.

Zuletzt gab der Staatspräsident noch einige Erläuterungen.

Bisher habe er und seine Regierung nicht gewußt, was man in den zwei Kreisen wolle, wer etwas wolle und was er wolle und ob er es auf die Dauer wolle. In dem Trommelfeuer her und hin, in dem er gestanden sei, sei ihm manches zugestoßen, was er nicht habe begreifen können. Er habe auf den Einwand hin, Hohenzollern müsse mehr an Württemberg abgeben, als es von seinem Nachbar empfangen, eine Statistik für das Jahr 1949 machen lassen, nach der auf den Kopf eines jeden Württembergers ein Defizit von 10 DM, auf den Kopf eines jeden Hohenzollern ein solches von 117 DM falle. Daraus ist ersichtlich, wer durch den Entwurf der materielle Gewinner ist. Er hoffe, mit dem Entwurf den Weg in eine für beide Partner gute Zukunft geebnet zu haben.

Landeskommissar Widmer stattete dieser Tage gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten Gengler und dem Kreisdelegierten von Rottweil der Witwe des Staatspräsidenten Bock einen Besuch ab. Anschließend legten Landeskommissar Widmer und Landtagspräsident Gengler am Grabe von Staatspräsident Bock Blumengebinde nieder und verweilten dort einige Zeit in stillem Gedenken.

Wir werden -isiert

sh. Kaum zu glauben, was man alles aus den Deutschen machen kann!

Zunächst wurden wir, das ist allerdings schon einige Zeit her, nationalisiert, fanatisiert, militarisiert, arisiert und totalisiert. Mit Begeisterung versteht sich. Bis zum Endsieg. Der andere.

Dadurch wurden wir internationalisiert, entnazifiziert, entmilitarisiert und demokratisiert. Mit Begeisterung, versteht sich.

Heute werden wir wieder fanatisiert. Morgen werden wir remilitarisiert und re... Pst!

Mal ent-, mal re-. Ganz nach Bedarf. Hinterher beschimpft man uns, wir hätten kein „politisches Rückgrat“. Ist ja auch egal. Denn letztlich werden wir ganz kurz anvisiert und je nach den taktischen und strategischen Bedürfnissen pulverisiert oder atomisiert.

Hier gibt es dann freilich weder ent- noch re-. Das ist dann endgültig.

Letztmals unter Malik

NEW YORK. Am Donnerstag hielt der Sicherheitsrat letztmals eine Sitzung unter dem Vorsitz des Sowjetdelegierten Malik ab, da im September der britische Delegierte Jebb den Vorsitz übernehmen wird. Malik verlangte zu Beginn der Sitzung, daß die Korea-Frage, die Formosa-Frage, die Beschuldigungen der chinesischen Kommunisten, daß die Amerikaner chinesisches Gebiet bombardiert hätten und „die nicht enden wollenden Massenhinrichtungen in Griechenland“ auf die Tagesordnung gesetzt würden. Nach längerer Debatte wurde mit 8 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Beschwerde Pekings zu behandeln, dagegen den Antrag Maliks, der sich auf Griechenland bezieht, abzulehnen.

Der amerikanische Delegierte Warren Austin erklärte im amerikanischen Rundfunk zur Beendigung des sowjetischen Vorsitzes, der Krenl habe den freien Völkern geradezu einen Gefallen damit getan, einen solchen „Jahrmärktsausrufer“ wie Malik in den Sicherheitsrat zu entsenden. Die Massen hätten eine großartige Gelegenheit gehabt, sich von der Verlogenheit der sowjetischen Propaganda zu überzeugen. „Je lauter er schrie, desto weniger glaubte man ihm.“

Gegenwärtig keine Verstärkung

WASHINGTON. Präsident Truman hat am Donnerstag in seiner Pressekonferenz erklärt, daß er gegenwärtig nicht beabsichtige, die in der deutschen Bundesrepublik stationierten USA-Streitkräfte zu verstärken. Der Präsident gab ferner die Zusicherung, daß die 7. USA-Flotte aus den Gewässern um Formosa sofort zurückgezogen würde, sobald der Koreakrieg beendet ist. Die Neutralisierung Formosas sei lediglich eine Sicherungsmaßnahme während der Dauer der Kämpfe.

34000 Bauarbeiter streiken

HAMBURG. In Frankfurt und Hannover streiken nun bereits mehr als 32 000 Bauarbeiter. Am Freitag haben nun auch mehrere Hundert Bauarbeiter in Hamburg die Arbeit niedergelegt, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Der Hamburger Streik ist eine erste Warnung, falls den Forderungen nach Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pfennig nicht entsprochen wird, sollen alle Hamburger Bauarbeiter ihre Arbeit niederlegen. Der Streikbeschuß wurde am Donnerstagabend gefaßt und weitere Maßnahmen dem Ermessen des Vorstandes der Gewerkschaft anheimgestellt.

Weiterhin Ueberbrückungshilfe

BONN. Auf Antrag des Bundesfinanzministers hat das Bundeskabinett beschlossen, die Ueberbrückungshilfe für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und für ehemalige berufsmäßige Wehrmachtangehörige weiter zu gewähren. Der Bundesfinanzminister ist ermächtigt worden, den Ländern die vom Bundestag für das dritte Viertel 1950 bewilligten 38 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Das Volk als staatsbildendes Element

Nun auch Aufklärungstätigkeit über den Südweststaat in Württemberg

TÜBINGEN. (Eig. Bericht). Die peinlichen Äußerungen des südbadischen Oberlandgerichtspräsidenten Dr. Zürcher dem südwürttembergischen Staatspräsidenten Dr. Müller gegenüber — wir berichteten darüber in unserer gestrigen Ausgabe — haben auch in unserem Lande, wo bisher nur eine geringe Aktivität in der Südweststaatpropaganda zu verzeichnen war, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Südweststaat-Abstimmung am 24. September gelenkt. Wie der Leiter des Büros für Heimatdienst in Tübingen, Dr. Ebersbach, vor Pressevertretern erklärte, werden nunmehr auch in Württemberg-Hohenzollern Propagandaversammlungen für den Südweststaatsgedanken durchgeführt. Staatspräsident Dr. Müller wird am 12. September in Tübingen, am 18. September in Sigmaringen und am 23. September in Freudenstadt sprechen. Am 14. September spricht der Bundestagsabgeordnete Freudenberg (Weinheim) in Reutlingen, am 19. September der nordwürttembergische Wirtschaftsminister Dr. Veit in Trossingen und am 21. September der Mannheimer Oberbürgermeister Heimerich in Tübingen. Auch Bundesminister Widmer, der frühere südwürttembergische Justizminister und jetzige stellvertretende Bundestagspräsident Prof. Karl Schmid und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden sich für den Südweststaat in Versammlungen einsetzen. In einigen südwürttembergischen Kreisen sollen selbst in den kleinsten Gemeinden Kundgebungen dieser Art durchgeführt werden.

Der Vorsitzende der Südweststaatsvereingung in Württemberg-Hohenzollern, Oskar Farny, stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß durch die aufklärende Versammlungstätigkeit in Südbaden die dortige Bevölkerung, die bisher vollkommen einseitig dahingehend unterrichtet worden sei, sie würde im Falle eines Zusammenschlusses der Länder Württemberg und Baden von den Schwaben majorisiert werden, wachsendes Interesse am Süd-

weststaatsgedanken zeige. Allerdings wage gegenwärtig in Südbaden kein Beamter, seine wahre Meinung zu äußern, aus Angst, dafür gemahngelt zu werden.

Die Anti-Südweststaat-Parole in Südbaden sei offensichtlich von oben ausgegeben worden, und es sei geradezu ein „obrigkeitlicher Terror“ zu verspüren. Trotz der eindeutigen Stimmung der württembergischen Bevölkerung für den Südweststaat sei das Gesamt-Abstimmungsergebnis am 24. September noch vollständig offen. Farny vertritt die Auffassung, daß der Südweststaatszusammenschluß die erste Staatsgründung seit 2000 Jahren sei, bei der das Volk den Ausschlag gebe.

Nachrichten aus aller Welt

MÜNCHEN. Der ehemalige Stellvertreter des bayerischen Staatskommissars für den Flüchtlingswesen, Adolf Guller aus Teplitz-Schönau, ist wegen versuchten Betrugs, Urkundenfälschung und unberechtigter Führung akademischer Titel zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

FRANKFURT. Dem Zivilpersonal der amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland wird es künftig verboten sein, sich Kaffee aus dem Ausland schicken zu lassen oder ihn bei Einreisen in das Bundesgebiet mitzubringen. Für die Armeeangehörigen in Deutschland wird eine ähnliche Maßnahme vorbereitet, die dazu dienen soll, dem Schmuggel einen Riegel vorzuschieben.

FRANKFURT. Der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker, der im vorigen Jahr in Nürnberg zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden war, soll spätestens Ende dieses Jahres aus dem Landsberger Gefängnis entlassen werden.

WIESBADEN. Die Kriminalpolizei hat einen Fälscherring ausgehoben, der den Druck von 27 000 Bezugsscheinen für insgesamt 370 000 l. Benzol vorbereitet und über eine Druckerei und die notwendigen Papierrezepte zur Fälschung von Benzinschecks für Devisenausländer verfügte.

SPEYER. Nach 4 1/2monatiger Dauer ist auf der Verwaltungsakademie in Speyer der erste Lehrgang zur Ausbildung von Anwärtern für den auswärtigen Dienst der Bundesrepublik beendet worden, 17 von 19 Teilnehmern ist nach Bestehen der umfangreichen schriftlichen und mündlichen Prüfungen das Diplom überreicht worden. Der zweite Lehrgang beginnt Mitte September.

DUSSELDORF. Zahlreiche Zeitungsverlage in Nordrhein-Westfalen haben ihren Lesern zum 1. September höhere Bezugspreise angekündigt, die mit dem Ansteigen der Papierpreise begründet werden. Die Erhöhungen bewegen sich im allgemeinen um 10% des bisherigen Bezugspreises.

BUKAREST. Zum sechsten Jahrestag der „Befreiung“ Ruminiens durch die Rote Armee wurde die siebenbürgische Stadt Kronstadt in Stalinstadt umbenannt. 890 Jahre lang hat Kronstadt seinen deutschen Namen getragen. Arbeiterkomitees haben vorgeschlagen, Bukarest nach Lenin und Klausenburg nach Anna Pauker zu nennen.

ATHEN. Ein Grieche hat vermutlich alle Weltrekorde der Wassersportler im Springen geschlagen. In Selbstmordabsicht stürzte er sich von einer 63 m hohen Brücke in den Kanal von Korinth. Er wurde mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

BOMBAY. Hier streikten 400 000 Arbeiter. Am Donnerstag ist es bereits zu Ausschreitungen gekommen, bei denen vier Personen getötet worden sind. Ministerpräsident Pandit Nehru hat die Streikenden bisher erfolglos zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert.

Und nun war er wie ein Jagdhund. Nun, da er sich wirklich seiner Gemüthlichkeit ganz hätte hingeben können, ja sollen, um neue Kräfte zu sammeln, raste er herum und beschnüffelte mit überhitzter Nase vertrocknete und verrochene Spuren.

Sein Blut stand im Siedepunkt, tagaus und tagein: er wird die Fälschmünzer finden. Etwas anderes konnte er nicht mehr.

Er ging den neuen Weg von dem Abend in der heimlichen Spielhölle aus. Aus diesem Abend war ihm eine Erinnerung geblieben. Sie begann mit einem Namen: Kent.

Deutlich stand er vor ihm. Allmählich und in hartnäckigem Kampf gegen die durcheinander bewegte Masse der Erinnerungen fand er in seinem Gedächtnis auch den Mann wieder, der zu dem Namen gehörte.

Seine Erinnerungen lösten immer bereitwillig diesen Namen aus, und zugleich stellte sich das Bild eines straffen jungen Mannes ein, der mit einem gut geschnittenen Smoking bekleidet war und sich in der aus Menschen, Stimmen, Qualm und Alkoholdunst, Gerüchen und Erregung gemischten Atmosphäre des Lokals in der Bendixstraße bewegte.

Es war ein schlanker, blonder, vielleicht dreißigjähriger Mensch von Haltung, zusammengefaßt im Aussehen, mit einem schmalen Pferdekopfe. Sein Name, Kent, war der einzige, den Hoffmeister in dieser Nacht in der Gesellschaft gehört hatte, und dieser Kent war überall gewesen. Aber er war überall nur dazwischengewesen, hatte Fragen beantwortet, Wünsche erfüllt, Zwiste geschlichtet, den Partner zu einem Scherz oder einer Unterhaltung abzugeben, ohne jemals sich unmittelbar an dem Treiben der Gesellschaft beteiligt zu haben.

So hatte Hoffmeister jetzt nachträglich die Empfindung, dieser Name und sein Träger hätten in dem Lokal eine besondere Rolle

Dr. Malüses letztes Spiel

Roman eines Dämons von Norbert Jacques

Copyright by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg

„Nun, lieber Hoffmeister, das mag sein“, sagte Lohmann. „Aber es ist nicht ohne Pikanterie, daß ausgerechnet einer von unseren Leuten sich gleich zwei Scheine durch die Fälschmünzer hat aufhängen lassen. Denn daß ein Betreger Ihnen die Scheine gegeben hat, glaube ich nicht. Diese Spielhölle ist einer der Orte, wo sie ausgegeben werden.“

Hoffmeister entgegnete nichts, er schickte nur einen Blick voll traurigen Vorwurfs zu dem Kollegen aus Hannover.

Aber der sagte beleidigt: „Na ja, ihr aus Berlin!“

Für Hoffmeister hatte die Angelegenheit immerhin Folgen.

Ein letzter kleiner Verdacht blieb trotz allem irgendwie kleben, und was er gar nicht von sich abtun konnte, war, daß er in dieser Zeit, da die Fälschmünzer mit ihren Fünfzigmarktscheinen schon fast eine öffentliche Panik verursacht und die Polizei Tag und Nacht auf der Suche hielten, sich als Kriminalbeamter mit zwei solchen Scheinen hatte hineinlegen lassen.

Das war eine Todsünde, denn das ging gegen das Prestige.

Lohmann, der bisher mit der Arbeit des Inspektors Hoffmeister durchaus zufrieden gewesen war, konnte nicht umhin, dem Kriminalrat über das Vorgefallene zu berichten, vergaß jedoch nicht zu betonen, daß Hoffmeister in der letzten Zeit stark überlastet gewesen war, und daß der Grund seiner Unachtsamkeit sicher in seiner Ueberspannung zu suchen wäre.

So folgte der ersten nächtlichen Aussprache eine Reihe von Untersuchungen und Rücksprachen für Hoffmeister. Auch der Kriminalrat fand ihn reichlich überarbeitet. Es endete damit, daß der unglückliche Hoffmeister für vier Wochen auf Erholungsurlaub geschickt wurde.

II

Manche Menschen, deren Leben reibungslos auf einer ruhigen Mittellinie verläuft, fallen in eine Art von beständigem Winterschlaf. Sie verrichten ihre Aufgaben wohl gewissenhaft, aber mit einem leidenschaftslosen Ausschalten ihres Innern. Mit sanft geneigtem Kopf gehen sie gegen ihren täglichen Dienst an, und ein Erheben der Stimme scheint ihnen drohend etwas aufzuseuchen zu wollen, was im Innern, im Dunkeln, ruhen bleiben sollte. Sie wissen nicht, wodurch dieses Gesetz der Lauen Herrschaft über ihr Inneres gewahrt.

Ja, Sie wissen nicht einmal, daß sie sich sozusagen hinter diesem Winterschlaf ihrer Leidenschaft nur versteckt halten.

Bis ein Zufall eines Tages ihnen ein Ereignis zwischen die Beine wirft; dann, im Stolpern, erkennen sie auf einmal die Glut, die aus der Asche wieder auflodern möchte.

So erging es Hoffmeister. Er war bisher ein Beamter gewesen, der seine Pflichten erfüllte. Er tat es mit Intelligenz, aber ohne Besessenheit, und das tägliche Frühstück, das ihm aus der kleinen Bierkneipe an den amtlichen Schreibtubentisch gebracht wurde, war ihm nicht bedeutungsvoller als die Aufdeckung einer verborgenen Spielhölle.

Das Frühstück war Pflicht gegen Körper und Gaumen, das andere gegen sein Amt.

Aber jetzt, da er über seine Lässigkeit gestolpert war, ergriff etwas Neues, etwas, was jähzornig aus einem inneren Versteck hervorschoß, Besitz von ihm. Ihm war, als ob eine unsichtbare Faust ihn aus sich hervorriße.



Zum Sonntag

Weißt du den Tag noch?

Weißt du den Tag noch, als wir gingen Mit guten Freunden übers braune Land. Als rote Äpfel in den Bäumen hingen Und der Kartoffelfeuer roter Brand...

Weißt du den Tag noch, unverwehlich schön. Den Tag mit weitem Blick auf ferne Höhen? — Wie einst im Frühling wanderten wir Hand in Hand...

Wilhelm Rudolph, Nagold

Mit dem ersten September haben wir den August oder (nach alter Benennung) Erntemonat verlassen und sind in den September oder Herbstmonat eingetreten. In vielen Gegenden unseres Vaterlandes gilt er als der schönste Herbstmonat, und mit Recht: Spätsommer und Frühherbst vereinigen sich in ihm zu einer Symphonie der Farben der Blüten, der Blätter und der Früchte mit dem Gold der Sonne, dem Blau des Himmels und den wandernden weißen Wolken...

Viele unter uns lieben diese Septembertage ganz besonders zu Wanderungen. Von einer solchen Wanderung erzählt unser Gedicht. Und wenn zwei Menschen, die sich verstehen, sich, dabei zurückschauend auf das Jahr und

Ihr Leben, mit einander aussprechen, dann fragt wohl jedes: „Weißt du den Tag noch? Oder die Stunde, damals, als —?“ Aber dabei soll es nicht bleiben! Wir wollen die Erinnerungen in unserm Leben nicht missen; aber wir sollen nicht in ihnen stehenbleiben. Wir haben schon einmal gesagt: Jedes Lebensalter hat seine Jahreszeit. Es ist ein Irrtum, zu glauben, der Mai, der Wonnemonat, sei der Monat des höchsten menschlichen Glückes. Fast alle großen Weisen der Menschheit denken anders. Das hat sie die Erfahrung ihres Lebens gelehrt. Und viele von ihnen haben noch etwas dazu gelehrt: die Gewissensforschung, was auch dem Christen eigentlich selbstverständlich sein sollte, das Nachdenken über die Stunden, die Tage, die Wochen, die Jahre, die hinter ihnen liegen. Es ist eine große Wahrheit: Jedes Lebensalter hat sein Glück und seine Schönheit. Nicht stehenbleiben, sondern weitergehen! Darum handelt es sich, solange wir leben. Dann wird der Herbst zu einem wahren Fruchthorn, zu einem Born des Dankes und der Freude!

W. R.



Amtliches

Amtsgericht Nagold

— Handelsregister —

(Für die Angaben in () ohne Gewähr Neuantragung)

HRA Nr. 143 am 23. 8. 50. Firma Eugen Braun OHG., Polstermöbel und Lederwaren in Nagold (Marktstraße 16). Offene Handelsgesellschaft seit 1. Januar 1950.

- Persönlich haftende Gesellschafter sind: 1. Eugen Braun, Polster- und Tapeziermeister in Nagold, 2. Emma Dürr geb. Braun, Ehefrau des Wilhelm Dürr, Stadinspektors in Esslingen-Mettingen, Rosenstraße 66, 3. Helene Herrgott geb. Braun, Ehefrau des Wilhelm Herrgott, kaufm. Angestellten in Nagold, Marktstraße 16. Zur Vertretung der Gesellschaft ist Eugen Braun, Polster- und Tapeziermeister in Nagold, allein berechtigt.



An alle Sportvereine

Auf die heute um 15 Uhr im Gasthaus zum „Schiff“ in Calw stattfindende Tagung der Kreis-Klassenvereine (Fußball) wird hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Tagesordnung ist die Anwesenheit sämtlicher A- und B-Klassenvereine notwendig. U. a. werden die Termine und die Gruppeneinteilung für die Spielrunde 1950/51 festgelegt.

Vereine, die keine Vertreter entsenden, können nicht an den Rundenspielen teilnehmen!

Kreisverband Calw.

Balersbronn I Nagold I

Nächsten Sonntag haben die Handballer aus Nagold einen schweren Gang ins Murktal zum letztjährigen Meister zu tun. Balersbronn gilt bei diesem Spiel, mit dem nicht zu unterschätzenden Platzvorteil, als unbedingter Favorit. Dazu kommt die einjährige Erfahrung in der Bezirksklasse. Die Murktaler werden alles daransetzen, um in ihrem ersten Spiel in der alten Runde wieder zu Punkten und Meistertiteln zu gelangen.

Auch Nagolds II, Garnitur wird gegen die Balersbronnler einen schweren Stand haben.

Gottesdienst-Ordnungen

Evangelische Kirchengemeinde Nagold Sonntag, den 3. September 1950, 9.30 Uhr Gottesdienst (Missionar Stöckle), 10.45 Uhr Kindergottesdienst, 11.15 Uhr Christenlehre (Töchter), 14 Uhr Missionsfest (Kirche). — Mittwoch, 6. September, Schiffergottesdienste, 20 Uhr Bibelstunde (Vereinshaus). Iselehausen: 9.30 Uhr Gottesdienst (Missionar Tröster), 10.30 Uhr Christenlehre, 11.30 Uhr Kindergottesdienst.

Methodisten-Gemeinde Nagold

Sonntag, 3. Sept., vorm 9.30 Uhr: Predigt-gottesdienst; 10.45 Uhr: Sonntagsschule. Abends 19.30 Uhr: Predigt-Gottesdienst. — Mittwoch, 6. Sept., abends 20.15 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

Gottesdienste in der kath. Stadtpfarrei Nagold Sonntag, 3. September, Nagold: 9.30 Uhr, Altensteig: 8 Uhr, Unterjettingen: 7.30 Uhr.

Evang. Kirchengemeinde Altensteig-Stadt Sonntag, 3. September, 9 Uhr Gottesdienst, Montag, 4. September, 20 Uhr Jungmännerabend, — Donnerstag, 7. September, 8 Uhr Schülertagesdienst, 20 Uhr Vortrag von Missionsinspektor Trüttelwitz im Gemeindehaus (anschließend daran Mädchenkreis). — Freitag, 8. September, 20 Uhr Männerabend.

Methodistenkirche — Gemeinde Altensteig Sonntag, 3. 9., 9.30 Uhr: Predigtgottesdienst, 10.45 Uhr: Sonntagsschule, 19.30 Uhr: Gottesdienst. — Mittwoch, 6. 9., 20.15 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde.

VEREINSKALENDER

VfL Nagold, Sparte Radsport: Sonntag Vormittag Training (Turnhalle). Verein der Hundefreunde, Nagold: Sonntag Vormittag ab 8 Uhr Schutzhundeprüfung (Teufels Hirnschale). VdK Ortsgruppe Nagold: Samstag Abend 8 Uhr außerordentliche Hauptversammlung („Krone“).

Touristenverein Naturfreunde, Nagold: Samstag Abend 8 Uhr Mitgliederversammlung („Stern“). Siedler- und Kleingärtnerverein, Nagold: Sonntag 7 Uhr Abfahrt zur Gartenschau (Vorstadtplatz).

Liederkrantz Altensteig. Wie bereits schon früher bekannt gegeben wurde, hält morgen Sonntag der Liederkrantz sein alljährliches Sommerfest im Stadigarten ab. Der offizielle Teil findet im Anschluß an das Seifenkistenrennen um 16 Uhr statt. Es ergeht herzliche Einladung.

VfL Altensteig, Sparte Faustball: Heute Samstag, den 2. September 1950, nachmittags ab 5 Uhr Faustballtraining auf dem Sportplatz. Bei Regenwetter in der Turnhalle.

VERLAG DIETER LAUK NAGOLD-ALTENSTEIG 1. d. Schwab. Verlagsges. mbH. Geschäftsstelle Nagold Marktstraße 43 Fernruf 255 Geschäftsstelle Altensteig Poststraße 22 Fernruf 221 Monatlicher Bezugspreis DM 2.50 zuzüglich 30 Pfg. Trägergebühr; durch Post DM 2.80 zuzüglich 30 Pfg. Zustellgeld; Einzelverkaufspreis 15 Pfg.

Todes-Anzeige Berneck, 31. Aug. 1950. Tiefbetäubt geben wir allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein innigstgeliebter Gatte, unser lieber Onkel Philipp Wurster Bäckermeister im Alter von 74 Jahren von seinem langen, mit großer Geduld ertragenem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

EUGEN ADRIAN Schneiderartikel Textil- und Aussteuerwaren, Bettfedern, I. Haus L. Moser Gerberel ALTENSTEIG, Bahnhofstraße Zwei aufgeweckte, kräftige JUNGEN aus schreiber Familie, die das Schreinerhandwerk erlernen wollen, können evtl. mit Kost und Wohnung sofort einziehen bei Möbelfabrik Reichert & Söhne Rohrdorf bei Nagold

1850 In diesen Tagen können wir unser 100 JÄHRIGES GESCHÄFTSJUBILÄUM 1950 begehren und danken unserer sehr verehrten Kundschaft für das uns bis heute entgegengebrachte Vertrauen. Es wird auch künftig stets unser Bestreben sein, durch aufmerksame Erfüllung aller Kundenwünsche und solides Geschäftsgobaren Ihr Vertrauen zu rechtfertigen. Wir haben Jubiläumstage in der Zeit vom 4. September bis 16. September 1950 mit besonders günstigen Einkaufsmöglichkeiten und kleinen Jubiläumsgeschenken. Wir laden Sie herzlichst ein Hermann Reichert Das älteste Textilfachgeschäft in Nagold

Freiwillige Feuerwehr Altensteig Am Montag, den 4. September 1950, um 18.30 Uhr rückt die aktive Feuerwehr zur Übung aus Antreten vor dem unteren Schulhaus. Entschuldigungen nur in dringenden Fällen schriftlich bis 4. 9. 1950.

Jüngeres, ordentliches Mädchen für den Haushalt, ab sofort oder später gesucht Frau Otto Moser Altensteig

LIEDERKRANZ ALTENSTEIG Der Liederkranz ladet zu seinem Sommerfest am Sonntag, den 3. September 1950 herzlich ein. Näheres siehe Vereinsnachrichten. Die Vereinsleitung.

Hiermit geben wir bekannt, daß wir uns (s. kurr. aus Gefgsh. zurück) als Bezirks-Vertreter der „Azelt-Seifenfabrik“ in Altensteig niedergelassen haben. Bestellungen, sowie direkter Verkauf aus eigenem Lager, werden zu jeder Zeit gerne entgegengenommen. Gebr. Helmut-Löthar Schwidurski Altensteig, Hohenbergstraße 512 (bei Kolbe)

Autohaus Walter Koch, Nagold Vertragshändler der: Carl F. W. Borgward GmbH., Bremen Goliath-Werk GmbH., Bremen LLOYD-Werk GmbH., Bremen Personenkraftwagen von 300 ccm bis 1500 ccm Lastkraftwagen von 3/4 to bis 4 to.

Altensteig Vermietet schönes ZIMMER mit 2 Betten oder 1 Bett. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Schwarzwald-Echo“ Altensteig. Es gibt wieder jeden Donnerstag Frischfische (Fischfilet), wofür ich jeweils Vorbestellung erbitte. Carl Rathfelder Wildberg Telefon 31

Mit dem 1. Juli 1950 habe ich die von Frä. Berti Lang betriebene Damenschneiderei übernommen und empfehle mich zur Anfertigung von modernen Kleidern, Jacken, Mänteln und Schneider-Kostümen in erstklassiger Ausführung. Ruth Dielerle, Damenschneidermeisterin Werkstätte für feine Damenbekleidung Nagold Bahnhofstraße 29

Die neuen Radlogeräte der Deutschen Funkausstellung in Düsseldorf Einkreiser, 4 Wellenbereiche ab DM 69.— Wellsuper, 6 Kreiser ab DM 145.— zeigt Ihnen Radio DENZ Meister im Rundfunk-Mech.-Handwerk Nagold / Telefon 513 Das Spezialgeschäft des Bezirks

Omnibusfahrten in die Schweiz! Nach Zürich und an den Vierwaldstätter See. Fahrpreis DM 38.— inkl. Visumbestattung. Die Fahrten werden 2 und 3tägig durchgeführt. Anmeldung und Auskunft bei Leuze & Rübenacker, Nagold Omnibusverkehr

Gebrochenes Haar Jrl. Käthe Elmer, Schweizerbach schreibt: „Mein Haar ausfällt und die große Zeit dauernd abgebrochenes Haar machen mich sehr unglücklich. Nun — ich kann meine Freude gar nicht beschreiben — bin ich nach Anwendung von Diplo-Haar-Faktal und Diplo-Haar-Nähr-Kur wunderbar geheilt. Meine Arbeitsschmerzen in meiner großen Brauenwulst sind sogar mit mirer wieder, was es idemmt, daß ich heute wieder so schön, gesundes Haar habe.“ Diplo-Haar-Faktal ist gegen Haarausfall und Schuppen und Diplo-Haar-Nähr-Shampoo erhalten Sie in CALW: Salon Odermatz, Bahnhofstr., Sal. Köhler in ALTENSTEIG: Photo-Druckerei Müller in HORB: Stadt-Drög. W. Theurer; Drög. Batschlag in SÜLZ: Hilt-Drög. in ALPIERSBACH: Kloster-Drög. Götz in BALERSBRONN: Drogerie Hünker in DOHNSTETTEN: Part. u. Salon Klumpke in ORENDORF: Part. u. Salon Rebbelz, Kircht. in FREUDENSTADT: Drög. Keil; Drög. Uhrenbiller; Drög. Zimler.

Fahrgelegenheit nach Stuttgart zur Gaststätten-Ausstellung am Montag, 4. September 1950. Abfahrt Simmersfeld 6.30 Uhr über Altensteig. Fahrpreis DM 5.— Anmeldung: Ruppi Gaugenwald, Telefon Neuweiler 84

Autoflaschnerei Karosserie-Reparaturen Albert Morhard Überberg / Zumweiler

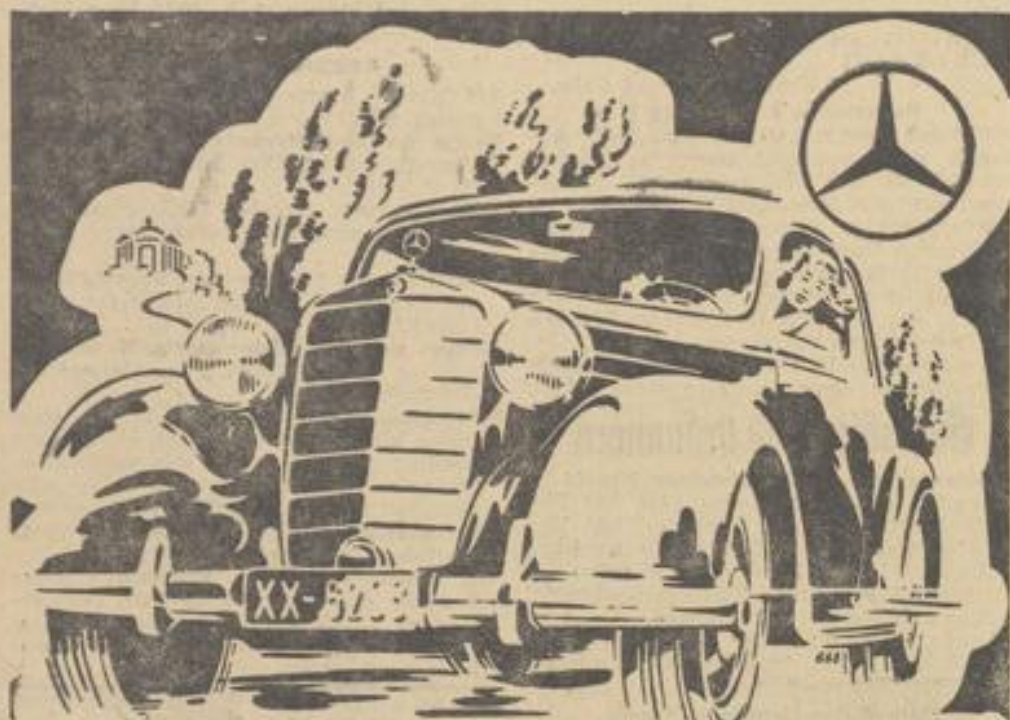
Familienanzeigen in ihre Heimatzeitung!

Wohnungstausch in Altensteig Suche 3-4-Zimmerwohnung und biete 3-Zimmerwohnung. Poststr. Genehmigung beim Wohnungsamt wird eingeholt. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Schwarzwald-Echo“ Altensteig



Paul Schaupp * Motorfahrzeuge Altensteig

Opel- und Goliath-Vertretung



DER NEUE MERCEDES-BENZ

Typ 170-S

MERCEDES BENZ BIETET IHNEN ALLES!

OMNIBUSSE - 46 sitzig - 36 sitzig PKW 170 S Limousinen u. Cabrioletts
 LASTWAGEN 6,5 to, 5,0 to, 3,5 to PKW 170 D der einmalige Wagen für
 PKW 170 V den Geschäftsmann

Sonderfahrzeuge, Kipper, Müllwagen, Feuerwehrfahrzeuge, Krankenwagen

Vertretung:

Gebr. Wackenhut Altensteig

Telefon 284

Benutzung und Vorführung jederzeit unverbindlich

Gebr. Wackenhut, Altensteig - Karosserie- und Fahrzeugbau

Herstellung moderner Fahrzeugaufbauten in jeder Art und Ausführung
 Schwerlastwagen-Anhänger für den Fernverkehr - Kipper-Fahrzeuge für Straßen- und Bauwirtschaft
 Aus dem Handwerk entstanden, vollendet durch jahrelange Praxis und Erfahrung bürgt Ihnen
 der Name **WACKENHUT** für gute Qualität

Ein typisches Bild von der

ADAC-Deutschlandfahrt 1950



Ernst Hoske machte die Fahrt mit seiner **Malco M 150** zu einem wahren Rennen und sicherte sich mit der 148-ccm-Maschine die Goldmedaille in der 200er Klasse. Er erzielte u. a. folgende Glanzleistungen:

Nachtfahrt über den Nürburgring (23,6 km mit 96 Kurven) 72,5 Std. km
 Etappe Stuttgart - Nürnberg (204 km) 71,0 Std. km
 Geschwindigkeitsprüfung (5 km) 91,0 Std. km

Bei der Bergprüfung (siehe unser Bild) lag er in der Spitzengruppe der 200er Maschinen. Auch auf der „Fahrt durch Bayerns Berge“ gewann die **Malco M 150** drei goldene Medaillen und den goldenen Mannschaftsschild in der 200er Klasse.

„MALCO“ Pfäffingen bei Tübingen

Vertretung: **Paul Schaupp, Altensteig, Telefon 278**



15-TONNER
Diesel

- Große Wirtschaftlichkeit
- 8,2 kg/100 km Verbrauch
- 2,8-Liter-Diesel-Motor
- Ganzstahl-Fahrerhaus
- Sitzraum für 3 Personen

HANOMAG

Werkvertretung für den Kreis Calw
AUTODIENST RICHARD KICHERER
 ALTENSTEIG Telefon 359

DIE BEGÜHNETEN



Cabriolets

Zwei- und vierstellig
 in vollendeter Ausstattungsart
 mit allen Vorzügen des Kraftverkehrs

Werkzeugbau

Konrad Löhle

AUTOHAUS

KONRAD LÖHLE

Altensteig / Württ.

Telefon 397

Vertrieb von MAN-Kraft-

fahrzeugen

Auto-Elektrik

Ankerwickerei

Eugen Talmon

Berneck beim Bahnhof

Telefon 402



Gutbrod

die einheimische Firma mit den
 Werken in Plochingen und Calw
 führt im Kleinwagenbau



Werkvertretung
 für den Kreis Calw

Autodienst Richard Kicherer Altensteig

Telefon 359



Moderne Schonbezüge

abwaschbar, benzinfest und säurefest
 aus Perlongewebe bunt oder einfarbig
 nicht brennbar

Kammgarnschonbezüge - Schottenmuster und alle anderen Neuheiten für das Innere
 Ihres Personewagens

Polsterungen - Kabinettverdecke

Fahrzeugplanen und Planen für gewerbliche Zwecke in bekannter Güte und Paßform

liefert preisgünstig

Philipp Ottmar, Autosattlerei, Altensteig

Telefon 295

THEURER

Fahrzeugbau



NAGOLD

Tel. 268

liefert

Anhänger

und

Gespannwagen

in jeder Ausführung

DKW



Autohaus
WACKER
 Nagold Telefon 311



Das Vorwort des Finanzministers

Muß Schäffer von seinem Geldsack „losgeest“ werden?

Von unserem Bonner Dr. A. R.-Vertreter

Die Vorlage des 13-Milliarden-Etats des Bundes an das Parlament ist von dem Finanzminister mit der Bemerkung begleitet worden, daß mit diesem Augenblick der Artikel des Grundgesetzes gelte, der alle Beschlüsse des Parlaments, die neue Ausgaben erfordern, von der Zustimmung der Bundesregierung abhängig macht. In der Öffentlichkeit ist dieser Satz wahrscheinlich nicht sehr beachtet worden; in den parlamentarischen Kreisen wird er desto besser verstanden worden sein. Denn er ist alles andere als eine theoretische Feststellung, er hat sehr unmittelbare und praktische Bedeutung für die kommenden Monate der parlamentarischen Entscheidungen.

Der Bundestag wird jetzt nicht mehr Beschlüsse auf Erhöhung staatlicher Leistungen zum Beispiel mit dem Argument bekräftigen können, daß die Regierung grundsätzlich verpflichtet sei, Beschlüsse des Parlaments durchzuführen. Das Grundgesetz gibt der Regierung das Vetorecht gegen Gesetze und Anträge, die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben bedingen, und Minister Schäffer hat mit sichtlich Befriedigung betont, daß dieses Veto vom Tage an gesprochen werden könne, an dem der Etat vorgelegt sei.

Der Finanzminister hat den Ausspruch eines Abgeordneten anscheinend nicht vergessen, daß die Regierung die Mittel zu beschaffen und nicht zu protestieren habe, wenn der Bundestag ein Gesetz beschließe, und er wird solchen Erklärungen künftighin das Grundgesetz entgegenhalten. Er wird ihnen auch die Bestimmung entgegenzusetzen, die sich der Bundestag selbst gegeben hat, daß gleichzeitig mit einem Antrag auf neue Ausgaben auch nachgewiesen werden muß, mit welchen neuen Einnahmen die Deckung geschaffen werden soll, und er hat bereits die bisher manchmal beliebte Methode für von jetzt ab ungültig erklärt, sich einfach mit dem Vermerk zu behelfen: „Die nötigen Mittel sind im Haushalt zur Verfügung zu stellen.“

Der Kampf zwischen dem Parlament und dem Finanzminister um das Ausmaß der großen Sozialgesetze wird nach Ansicht Schäffers nach der Vorlage des Etats in ein neues Stadium treten, in dem die Ziffern des Etats zur Barrikade gegen Anträge auf Ausweitung der Leistungen werden. Blickt man auf die jetzt schon laut gewordenen Forderungen nach weiteren 600 Millionen für das Bundesversorgungsgesetz und einigen hundert weiteren Millionen für die Verdrängtenhilfe, so zeigt sich die sehr aktuelle Bedeutung dieser Erklärung des Finanzministers in seinen ersten Worten schon zum Haushalt. Es zeigt

auch, daß der Finanzminister trotz aller stürmischen Kritik, die gegen ihn laut geworden ist, seinen Kurs nicht zu ändern gedenkt, daß sich die Ausgaben nach den Möglichkeiten der Bundeskasse zu richten haben. Mehr als 13 Milliarden aus den Taschen der Steuerzahler und der Verbraucher in der Form der Verbrauchssteuern, neben einigen kleineren, anderen Einnahmen, für den Bund herauszuholen, scheint dem Finanzminister unmöglich und so wurden die Ansätze aller Ausgaben im Rahmen dieser 13 Milliarden gehalten. An diesem Punkt wird wahrscheinlich jetzt die grundsätzliche Debatte im Parlament einsetzen. Damit aber kann fortan nicht mehr nur über die Notwendigkeit debattiert werden, mehr Geld für die oder jene Gruppe bereitzustellen, sondern muß im gleichen Augenblick auch entschieden werden, daß solche Mehrleistungen durch Steuererhöhungen gedeckt werden müssen.

Die sozialdemokratische Opposition hat schon davon gesprochen. Auch die Opposition gegen den Finanzminister in den Reihen der Regierungsparteien wird sich vor diese klare Frage gestellt sehen, hinter der die andere Frage steht, inwieweit erhöhte Steuern auch erhöhte Einnahmen bringen. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es ein Maximum der Steuerlast gibt, von dem ab die Einnahmen nur sinken, wenn die Abgaben erhöht werden. Die Grundfrage aller Auseinandersetzungen im Bundestag mit dem Finanzminister wird nun werden müssen, ob dieses Maximum erreicht ist, wie es die Regierung glaubt, oder ob die augenblicklichen Sätze noch unter ihm liegen, wie die Opposition annimmt. Erst die Antwort auf diese Frage muß allen Fragen nach weiteren Leistungen des Bundes vorangehen. Damit aber werden die parlamentarischen Debatten und Entscheidungen in die Atmosphäre der Realität und der Klarheit treten, nachdem bisher manchmal fast in der Fiktion gesprochen zu werden schien, daß der Finanzminister auf seinen Geldsäcken sitze und von ihnen losgeest werden müsse.

Eine wichtige Rolle allerdings wird auch die Prüfung der Frage sein, in welchem Maß durch belebte Kreditschöpfung Mittel gewonnen werden könnten; aber unbestritten im allgemeinen muß das Motto aller Beratungen bleiben, daß weder das Parlament noch der Finanzminister, sondern die Gesamtheit aller Staatsbürger das Geld gibt und sowohl eine Ausgabenfreudigkeit des Parlaments wie eine Ausgabenverweigerung des Finanzministers Angelegenheit aller Steuerzahler sind.

Hermann Blumenau, Kolonist in Brasilien

Zum 100jährigen Gründungstag der Kolonie Blumenau am 2. September 1950

Von Dr. phil., Dr. rer. pol. Franz Thierfelder

Von den Deutschen, die im 19. Jahrhundert in Südamerika für den wachsenden Bevölkerungüberschuß Raum zu schaffen versuchten, ist keiner so populär geworden wie Hermann Blumenau, der vor 100 Jahren den Grundstein zur Siedlung Blumenau im brasilianischen Sta. Catharina legte. Wir haben heute besonderen Grund, dieses weitblickenden und tatkräftigen Mannes zu gedenken. Denn seine Gründung gehört zu unseren wenigen überseeischen Kolonialleistungen von großer Beständigkeit.

Blumenaus Erfolg hat auf gründlichem Wissen, sorgfältiger Vorbereitung und uneigennütziger Durchführung seines bedeutenden Siedlungsprojektes beruht. Dieser Braunschweiger, der eigentlich Apotheker werden sollte, war von Jugend an ein planender und wagemutiger Geist gewesen. Bereits mit 23 Jahren — B. wurde am 26. 12. 1819 geboren — trat er als Teilhaber in die chemische Fabrik von H. Trommsdorff in Erfurt ein — auch dieses bedeutende Unternehmen besteht noch heute —, holte das Studium nach und erwarb sich den philosophischen Doktorgrad. Seit 1842 verwendete er seine freie Zeit auf das Studium des Auswandererwesens, trat mit dem Verein zum Schutz germanischer Einwanderer zu Hamburg in Verbindung und ging alsbald in seinem Auftrag nach Brasilien, um geeignetes Land für eine Gemeinschaftssiedlung ausfindig zu machen.

Blumenau hat viele Eigenschaften besessen, die ihn für den Beruf des Kolonistators geeignet machten; die wertvollste war seine sachliche Unvoreingenommenheit, verbunden mit schöpferischer Phantasie. Beinahe alles ist in seinem Leben anders gekommen, als er ursprünglich geplant hatte; da er aber kein Doktrinär war, paßte er sich, wenn es Schwierigkeiten gab, mühelos der neuen Lage an.

Eigentlich hatte er nicht beabsichtigt, selbst das Risiko einer Kolonie-Gründung zu übernehmen, aber als sich der Hamburger Verein auflöste, ging der mäßig begüterte Mann selbst ans Werk, das er auf einer Reihe von Großbetrieben aufzubauen gedachte. Sobald er sah, daß dies der ökonomischen Lage nicht entsprach, schuf er Kleinbauernstellen. Auch der Gedanke des Gemeinschaftsunternehmens erwies sich auf die Dauer als unvorteilhaft; ohne Zögern bot Blumenau die Kolonie nach

zehn Jahren der brasilianischen Regierung zur Uebernahme an und ließ sich vom Staat als Kolonialdirektor anstellen. 33 Jahre widmete er dem Unternehmen seine besten Kräfte. Als er sah, daß seine Schöpfung auf eigenen Füßen stehen konnte, führte er die Municipalverfassung ein und kehrte 1884 nach Braunschweig zurück, um nun von der Heimat aus den Auswandererstrom in die Gebiete zu lenken, deren Wert er gründlich kennen gelernt hatte.

Seine Schöpfung war zum Kernstück und Vorbild für die deutschen Siedler in Brasilien geworden, und man muß den Weitblick der Pariser Weltausstellung von 1887 bewundern, die schon so früh Blumenau einen der zehn Großen Preise für sein Siedlungs-werk zuerkannte. An Ehrungen hat es ihm auch in der Folgezeit nicht gefehlt; schon in jungen Jahren hat der vollbärtige scharfsinnige Mann einen starken Eindruck auf seine Zeitgenossen gemacht. Das freie Deutsche Hochstift zu Frankfurt ernannte ihn bereits 1839 zum Ehrenmitglied und Meister.

Nicht er, sondern Kaiser Pedro II. von Brasilien ordnete an, daß die neue Kolonie Blumenaus Namen tragen solle. Sie trägt ihn auch heute noch, und aus den ersten 17 Einwanderern sind inzwischen zehntausendmal soviel geworden. Das Siedlungsgebiet hatte sich innerhalb von hundert Jahren verdreifacht und umfaßte 10 600 qkm; nach europäischen Begriffen war es ein stattliches Herzogtum geworden. 1934, als im Zusammenhang mit den politischen Wandlungen in Deutschland eine starke Spannung eintrat, wurde das Munizip Blumenau in sechs Verwaltungsbezirke geteilt. Die Stammsiedlung Blumenau schrumpfte wieder auf den zehnten Teil zusammen und zählte 1939 35 000 Einwohner. Der äußere und innere Charakter der Siedlung ist deutsch geblieben, auch wenn zahlreiche Familien zur portugiesischen Sprache übergegangen sind. Es ist bemerkenswert, daß Blumenau in seiner 1846 unter fremdem Namen veröffentlichten Schrift „Deutsche Auswanderung und Kolonisation“ besonders der Gefahr vorbeugen wollte, daß Auswanderer die alte Heimat in politische Konflikte ziehen könnten. Daß einst der umgekehrte Fall zur schwersten Erschütterung des Deutschtums in Brasilien führen werde, war zu Blumenaus Lebzeiten nicht vorzusehen.

Die schweren Jahre schmerzhafter Spannung sind nun vorüber. Deutschsprechende und portugiesischsprechende Bürger werden heute in der Ehrung eines Mannes wetteifern, der beiden Völkern angehört. Die schönste Ehrung Blumenaus wäre es freilich, wenn die Hunderthjahrfeier den Auftakt zu einer Reihe von Neusiedlungen bilden würde, durch die das überfüllte Deutschland entlastet und das noch aufnahmefähige Brasilien bereichert werden könnte.

Ein großer Augenblick!

Endlich wieder



p123e/50

mit echtem Seifenschaum



Wieder Steueraussschüsse

Entscheidende Funktion im Einspruchsverfahren

Wl. Der Steuerpflichtige kann sich meist schlecht des Gefühls erwehren, daß das Finanzamt in seinen Entscheidungen irgendeine unkontrollierbare oder unkontrolliert sei. Nach seiner Vorstellung, vor allem wenn er keinen Steuerberater hat, liegt es weitgehend im Belieben des zuständigen Steuerbeamten, ob er so oder so entscheidet und ob im besonderen bei Schätzungen die Steuer ein wenig höher oder niedriger ausfällt. Die steuerrechtlichen Bestimmungen sind unübersichtlich, die Finanzämter haben ihre eigenen internen Weisungen und Anordnungen, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind, und die Ermessensgrenzen, innerhalb deren der Einspruch zu entscheiden ist, erscheinen weit. So hält der durchschnittliche Steuerpflichtige es aus einem Gefühl der Unsicherheit heraus oft für verwerflich, „es mit dem Finanzamt nicht zu verderben“ und lieber einmal eine ungünstige Entscheidung hinzunehmen, als einen Streit zu beginnen, in dem er vielleicht Recht bekommt, mit dem er sich aber für später das Wohlwollen des entscheidenden Beamten zu verschmerzen fürchtet.

Der Steuerbeamte nicht mehr allein

Diese Besorgnis braucht der Steuerpflichtige in Zukunft nicht mehr zu haben. Das Gesetz über die Organisation der Finanzverwaltung bringt die Wiedereinführung der Steueraussschüsse, die berufen sind, ein wichtiger Vertrauensfaktor für die Stellung der Steuerverwaltung gegenüber der Allgemeinheit zu sein. Bereits in der bevorstehenden Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuerreform 1948/49 werden bei den Steuerfestsetzungen wieder Steueraussschüsse mitwirken.

Die Wirksamkeit der Steueraussschüsse nach dem neuen Gesetz ist gegenüber den Aufgaben der früheren Steuerbeiräte wesentlich verstärkt worden. Der Steueraussschuß hat nicht nur beratende, sondern auch entscheidende Funktionen. Bei den Steuerfestsetzungen,

also bei der eigentlichen Veranlagung, steht dem Ausschuß ein beratendes Mitwirkungsrecht zu, das in Fällen von allgemeiner Bedeutung von den Finanzämtern in keiner Weise zur Seite geschoben werden kann. Ist der Steuerpflichtige aber mit der Steuerfestsetzung oder der Steuerfestsetzung nicht zufrieden und legt er gegen den Steuerbescheid Einspruch ein, dann entscheidet über dieses Rechtsmittel nunmehr nicht mehr der Finanzamtsbeamte, sondern allein der Steueraussschuß.

Die Berufsvertretungen schlagen vor

Der Steueraussschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit. Er besteht aus einem gewählten Vertreter der Gemeinde, in der der Steuerpflichtige wohnt oder in der der umstrittene Vermögensgegenstand gelegen ist, und mindestens 4, höchstens 8 anderen gewählten Mitgliedern. Vorschläge werden diese anderen Mitglieder von den Berufsvertretungen, z. B. den Gewerkschaften, Bauernverbänden, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern und Vertretungen der freien Berufe. Gewählt werden sie von den Organen der Selbstverwaltungen bzw. den Gemeindevertretungen.

Daß der Steueraussschuß geeignet ist, den Finanzamtsbeamten wertvolle Aufschlüsse und Hinweise bei den Steuerfestsetzungen zu geben, liegt auf der Hand. Der Finanzamtsvorsteher oder ein von ihm beauftragter Finanzamtsbeamter führt in dem Ausschuß den Vorsitz und ist auch stimmberechtigt. Seine Stimme zählt aber nur wie die Stimmen der anderen Mitglieder auch. Nur bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Beamten. So darf erwartet werden, daß durch

Baugewerbliche Innungsverbände warten

REUTLINGEN. Zu den Bauarbeiterstreiks in Frankfurt und anderen Großstädten der früheren Bizone stellen die baugewerblichen Innungsverbände von Württemberg-Hohenzollern fest, daß die in Württemberg-Hohenzollern zurzeit gültige Lohnvereinbarung von der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden zum Ende vergangenen Monats gekündigt worden ist. Neue Lohnverhandlungen haben bisher noch nicht stattgefunden; Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind übereingekommen, Lohnverhandlungen auszusetzen, bis ein Verhandlungsergebnis in der Bizone vorliegt.

Landwirtschaft

BONN. Es liegen nunmehr die offiziellen Schätzungen der diesjährigen Ernte der Bundesrepublik an Brot- und Futtergetreide vor. Sie kommen den bereits als vorläufig gemeldeten Ergebnissen nahe; mit über 16 Mill. t Brot- und Futtergetreide bleibt der Ertrag nicht wesentlich unter der vorjährigen Rekorderte; nach den Schätzungen wird Brotgetreide mit etwa 3,7 Mill. t etwa 150 000 t unter dem Vorjahrsertrag liegen, und zwar 2,6 Mill. t Weizen und 1,1 Mill. t Roggen. Der Ertrag an Futtergetreide soll etwa 4 350 000 t betragen, auch die Heu- und Futterrübenerte ist durch genügende Niederschläge gut ausgefallen. — Trotz der weiten Verbreitung des Kar-

DM-Wechselkurse

Die zu jedem Wochenende erscheinende Tabelle weist das Umnennungsverhältnis von 100 DM zu den wichtigsten fremden Währungen aus, und zwar nach den Kursen im Zürcher Frisinghaus.

	21. 8.	20. 8.
Schweiz, Franken	13,25	13,25
USA-Dollar	18,28	18,28
Engl. Pfund	7,49	7,42
Frankr. Franken	7,013	7,013
Belg. Franken	356,73	321,51
Holl. Gulden	75,47	75,47
Span. Peseten	881,47	883,47
Port. Eskudos	338,34	337,38
Schwed. Kronen	117,41	117,27
Argent. Pesos	304,80	322,83
Brasil. Milreis	373,28	323,67
Oester. Schilling	333,47	323,18
Ital. Lire	12 007	12 007
Tschech. Kronen	7 406	7 204

Aus der christlichen Welt

Wer ist wie Gott?

Von allen guten Geistern verlassen zu sein, ist nach dem Volksglauben ein bedauerlicher, heillosen Zustand. Ist es das nicht ein Trost, wieder zu wissen, daß wir im Kampf des Lebens gegen sichtbare und unsichtbare Mächte wirklich nicht allein gelassen sind, sondern den Schutz helfender guter Geister erfahren können! Am Schutzengelssonntag erinnert man sich gern wieder aller Geschichten, die vom erlebten Schutz guter Geister erzählen. Ich habe einen guten Schutzengel gehabt, hört man bisweilen sagen. Wenn wir dabei bedenken, daß nicht nur unser Leib, sondern vor allem das Heil der Seele gesichert werden soll durch das treue Walten unserer guten Schutzgeister, dann werden wir der in der Heiligen Schrift begründeten Wahrheit von den Schutzengeln eher gerecht.

Es ist nicht nur einmal geschehen, daß begnadete Menschen den Engel an ihrer Seite sehen durften. Wenn wir ihn auch nicht sehen dürfen, so ist er doch um uns, der treue Begleiter, der „immerdar das Antlitz des Vaters im Himmel“ schauen darf, dessen Auge aber auch sehr intensiv auf das Antlitz seines Schützlings gerichtet ist, daß er ein Gleiches erreiche wie er. Was könnte ihm schon verborgen bleiben? Ist er nicht der stumme Zeuge unserer Taten wie unserer Freuden, der sehr wohl unser Fürsprecher am Throne Gottes sein kann und hoffentlich nie unser Ankläger dort sein wird!

Nur wenige Namen aus den Engelscharen sind uns durch die Heilige Schrift bekannt. Den Anführer und Mächtigsten aus ihnen, Michael, haben ja die Deutschen zu ihrem Engel erwählt. Seit vielen Jahrhunderten wird er als solcher verehrt. Und daß wir von seinem Schutz gerade in diesem kritischen Augenblick unserer Geschichte erfahren, ist unsere Hoffnung auf ihn, der vor Gott steht. Aber auch hier gilt: er ist nicht ausschließlich zum Schutz der irdischen Welt bestellt, sondern viel mehr für die Welt der Seele. Vom Verteidiger könnte er sogar schnell zum Ankläger werden, wenn die Hohenrechte seines Herrn und Gottes nicht beschützt werden. Sein Name besagt es: Wer ist wie Gott?

„Keine Union zwischen beiden Konfessionen“

Die im Auftrag des evangelischen Bischofs von Berlin, D. Dibelius, herausgegebene Wochenzeitung „Die Kirche“ veröffentlicht unter der Überschrift „Entweder — Oder“ den evangelischen Standpunkt zur Una-Sancía-Bewegung.

Die protestantischen Befürworter der Bewegung hätten sich nicht irren lassen lassen durch jenes Monitum des Vatikans vom 3. Juni 1948, das doch eigentlich hätte genügen sollen, um sie zur Besinnung zu bringen: „Es gibt keine Union zwischen den beiden Kirchen. Es gibt nur ein Hier oder ein Dort; evangelisch oder katholisch. Eine „dritte Konfession“ als Vereinigung beider ist unmöglich. Und alle Versuche zu „Unionen“ oder „Annäherungen“ theologischer Art sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, mögen sie sich anfangs noch so verheißungsvoll ausnehmen; hier gilt die Wahrheitsfrage, und da gibt es kein Sowohl-Als-auch, sondern nur ein Entweder-Oder. Entweder wird das evangelische Christentum das katholische überwinden oder umgekehrt. Rom und Wittenberg können nicht zueinanderkommen, es sei denn auf einem Wege, den die Aufklärung ging (dem der Vernachlässigung des Bekenntnisses), und den wird niemand wollen. Nur eines gibt es: Jeder ist sich seines Standortes bewußt und sucht im anderen den Bruder. Er läßt sich nicht irren machen in seiner eigenen Haltung und in der Bekämpfung der des anderen. Aber er vergißt, wie es Spener einmal ausgedrückt hat, über dem „Haß der Sache“ nicht die „Liebe der Person“. Nur diesen Weg ist die Una-Sancía-Bewegung gewiesen, wenn sie Erfolg haben will.“

Die Forderung des Passauer Katholikentages

Ein tiefes Innerliches und lebendiges Christentum sei die Forderung des Passauer Katholikentages, sagte Bischof Simon Konrad Landersdorfer von Passau am Mittwoch bei der Eröffnung der Beratungen der Delegierten des Katholikentages. Materialismus und Naturalismus haben das moderne Leben verflacht. Dies sei auch auf religiösem Gebiet festzustellen. Was uns heute vielfach als Christentum entgegentritt, sei nichts anderes als eine mehr oder minder abgetrocknete Kruste, eine leere Schale und das Produkt einer rein gewohnheitsmäßigen

eine verantwortungsbewußte und unparteiische Tätigkeit der Steueraussschüsse künftig Entscheidungen „vom grünen Tisch“ aus und mit bürokratisch-einseltiger Betrachtungsweise vermieden werden. Auch von den Finanzgerichten, die mit zwei beamteten und drei ehrenamtlichen Laienrichtern besetzt sind, ist anzunehmen, daß sie wirtschaftlichen Gesichtspunkten Raum geben und eine verständnisvolle Arbeit entfalten.

Steuerterminkalender

für die Hauptsteuer in Württemberg-Hohenzollern im Monat September 1950

10. 9. Einkommensteuer. Steuerpflichtige mit Ausnahme der nichtbuchführenden Landwirte, die nur Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und neben diesen Einkünften andere von nicht mehr als 600 DM beziehen; Vorauszahlung für das 3. Kalendervierteljahr 1950 nach den Festsetzungen des Finanzamts.

Notloper Berlin. (Abgabe der Veranlagten und Abgabe der Körperschaften). Derselbe Personenkreis; Vorauszahlung für das 3. Kalendervierteljahr 1950 nach den Festsetzungen des Finanzamts.

Lohnsteuer. Monatszahler: Anmeldung und Abführung der im Vormonat einbehaltenen Lohnsteuer.

Umsatzsteuer. Monatszahler: Abgabe der Vorauszahlung und Abführung der Umsatzsteuer für Vormonat.

Beförderungsteuer. Monatszahler: Nachweisung und Abführung der Beförderungsteuer für Vormonat, soweit nicht mit dem Verband abgerechnet wird.

15. 9. Gewerbesteuer. In Gemeinden mit Monatszahlung; Monatsrate.

Grundsteuer. In der Regel Monatsrate.

Wichtiges in Kürze: Verschärfte Kreditprüfungen

FRANKFURT. Nach dem Julibericht der Bank deutscher Länder soll alles geschehen, um eine spekulative Ausnutzung der Auftriebenden zu verhindern. Kreditpolitisch — so wird erklärt — sei in diesem Zusammenhang vor allem die Verweigerung von Hortungskrediten unerlässlich.

Das Zentralbanksystem hat die Geldinstitute ersucht, jede Kreditprüfung sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob sie nicht einem ungerechtfertigten Durchhalten von Vorräten dient; für solche Transaktionen soll jede Refinanzierungshilfe verweigert werden.

Schon wieder Rohstoffengpässe

DUISBURG. Nach einem Bericht der Industrie- und Handelskammer Duisburg machen sich bei einigen Firmen der Ruhrindustrie infolge der starken Exportbelegung die ersten Rohstoffeng-

pässe bemerkbar. Nach Ansicht der Kammer ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß es den Firmen bei dem Abrufeinfuhrverfahren in den vergangenen Monaten nicht möglich war, größere Lager anzulegen. Zur Überwindung der Rohstoffengpässe sei eine planmäßige Einfuhr notwendig.

Mehr als 14 Millionen Beschäftigte

FRANKFURT. Die Zahl der Berufstätigen in der Deutschen Bundesrepublik hat die 14-Millionen-Grenze überschritten und damit — wie es in dem Bericht heißt — „eine mutmaßliche Rekordzahl“ erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen, jetzt noch 1 409 156, ist wieder auf den Stand vom November letzten Jahres zurückgegangen. Der Bericht ist vom Amt für Arbeitsangelegenheiten der alliierten Hohen Kommission herausgegeben worden; es wird in ihm gesagt, daß die neue Beschäftigtenzahl einen Vor- und Nachkriegsrekord für Westdeutschland darstelle.

Billige amerikanische Rindfleischkonserven

BONN. Seit zwei Wochen wird im Bundesernährungsministerium über ein Sonderangebot amerikanischer Rindfleischkonserven verhandelt. Das Angebot stammt von der amerikanischen Regierung. Die Ware soll unter dem amerikanischen Marktpreis und zu rund einem Drittel des inländischen Marktpreises abgegeben werden. Sie wird als erste Qualität bezeichnet und ist mit einer zehnjährigen Lagergarantie versehen. Eine Entscheidung ist deutscherseits noch nicht getroffen worden; nach Ansicht des deutschen Fleischverbandes und der mit der Einfuhr befaßten Stellen besteht durch das Zögern des Ernährungsministeriums die Gefahr, daß die amerikanische Regierung ihr Angebot zurückzieht. Ein erster Posten dieser Fleischkonserven sei bereits für die Truppenversorgung nach Korea verschickt worden.

Britische Luftfahrtgesellschaften mit Verlust

LONDON. Die staatlichen britischen Luftverkehrslinien haben in dem am 31. März zu Ende gegangenen Geschäftsjahr mit einem Verlust von 9 155 481 Pfund (über 100 Mill. DM) gearbeitet. In den vorausgegangenen 12 Monaten hatte die Gesellschaft sogar ein Defizit von über 9,7 Mill. Pfund Sterling.

Verhandlungen mit Griechenland und Ungarn

FRANKFURT. Die griechische Regierung läßt wissen, daß demächst mit einer Wiederaufnahme der im Juni in Frankfurt unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen, die seinerzeit an der Frage der Tabakeinfuhren scheiterten, ge-

Nach der Biersteuersenkung

TÜBINGEN. Das Gesetz zur Aenderung des Biersteuergesetzes tritt, wie bereits kurz gemeldet, mit Wirkung vom 1. September in Kraft. Daraufhin hat das Wirtschaftsministerium von Württemberg-Hohenzollern am 25. August angeordnet, daß die Bierpreise wesentlich gesenkt werden. Die neuen Ausschankpreise betragen in einfachen Gaststätten: drei Zehntel Lagerbier 30 (bisher 37) DPfg., Spezialbier 36 DPfg. Die 0,5 l-Flasche wird über die Straße für 44 DPfg. (bisher 55 DPfg.), bei Spezialbier für 52 DPfg. verkauft. Diese Preise entsprechen in etwa den Richtsätzen, die bei der Behandlung des Gesetzes genannt worden sind, und nach denen der Preis für einen Liter Konsumvollbier betragen soll: in Norddeutschland DM 1,18 bis DM 1,38 (bisher 1,66 DM), in Mittel- und Südwestdeutschland etwa 1 DM (bisher 1,17 bis 1,27 DM) und in Bayern 0,78 bis 0,80 DM. (bisher 1 DM.).

Die Steuersenkung, die pro Liter 0,12 DM beträgt, ist also nur ein Teil der Bierpreissenkung; der Rest geht zu Lasten der Brauereien und des Schankgewerbes. Fiskus und Gewerbe rechnen in gleicher Weise mit einer wesentlichen Erhöhung des Bierkonsums als unmittelbare Folge der Steuer- und Preissenkung. Nach den Statistiken betrug bisher der durchschnittliche Jahresverbrauch pro Kopf der Bevölkerung rund 26 Liter, in den Jahren vor dem Kriege aber weit über 30 Liter. Um das Vorkriegsniveau zu erreichen, womit Fiskus und Gewerbe im stillen wohl rechnen, müßte sich der Bierkonsum somit verdoppeln.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist aber eine andere Frage. Daß die Kaufkraft noch nicht den Vorkriegsumfang erreicht hat und auch sobald nicht erreichen wird, steht außer allem Zweifel. Wenn aber der Bierkonsum auch nach den Steuer- und Preissenkungen ungenügend bleiben würde, ergäbe sich für Schankgewerbe und Brauereien — insbesondere für die letzteren — aber eine recht prekäre Situation. Es sind nämlich nicht nur die Löhne erheblich gestiegen, sondern auch die Preise für die zur Bierbereitung dienenden Grundstoffe Gerste und Hopfen. Für die Brauereien allgemein gilt dabei nach der Erhöhung der Erzeugerpreise ein Satz von 32 DM je Doppelzentner, aber für Spitzenqualitäten wird, wie unser gestriger Bericht der Landesproduktionsbörse zeigt, bereits mehr bezahlt. Ganz unübersichtlich haben sich die Verhältnisse am Hopfenmarkt gestaltet, obschon das Bundesernährungsministerium versprochen hatte, ein wachsendes Auge auf die Preisentwicklung zu haben und keine Bemühungen zu scheuen, um die zu erwartende größere Ernte sowohl der Versorgung des Braugewerbes wie auch der Erfüllung der Exportverpflichtungen aus dem Handelsabkommen zugute kommen zu lassen. Trotzdem wurden in Teitnang, woher die Brauer unseres Landes ihren Qualitätshopfen zu beziehen pflegen, Preise von 1000 bis 1600 DM je Zentner gefordert — und bezahlt. Wenn man bedenkt, daß die Hopfenpreise vor dem Weltkrieg bei 180—250 DM gelegen haben, dann hat man eine Erklärung für die auch nach der Steuer- und Preissenkung immer noch hohen Bierpreise, kann aber auch den Umfang der Schwierigkeiten ermessen, die auftreten würden, wenn sich die Hoffnungen auf eine wesentliche Bierkonsumerhöhung nicht erfüllen würden.

rechnet werden darf. — Ungarn hat eine westdeutsche Regierungsdelegation zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages nach Budapest eingeladen; das Warenustauschabkommen läuft am 30. September ab.

Halle III in Friedrichshafen bleibt erhalten

TÜBINGEN. Nach einer Mitteilung des französischen Landeskommissars an das Staatsministerium von Württemberg-Hohenzollern ist nunmehr endgültig entschieden, daß die noch vorhandene Halle III der in Liquidation befindlichen Luftschiffbau GmbH, erhalten bleibt. In diesem Gebäude befindet sich seit einiger Zeit eine Eisenbahnstationendruckwerkstätte.

Weinkontrollen gegen Weinfälschungen

BAD KREUZNACH. Im Auftrage des deutschen Weinhandelsverbandes überprüfen seit einiger Zeit Weinkontrollen in Gaststätten und Weinverkaufsstellen des gesamten Bundesgebietes unaufrichtig die Beschaffenheit des Weines. Der Weinhandel soll dadurch erreichen, daß die Weinfälschungen, die dem guten Ruf des deutschen Qualitätsweines schaden, ein Ende nehmen.

Erziehung und priesterliche Ausbildung getragen hatte. Aus den beiden Ringen soll ein Bischofsring für Mgr. Kiwanuka geschmiedet werden.

CASTEL GANDOLFO. Papst Pius XII. ist gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer „Konstitution“ des Dogmas der Himmelfahrt Mariens beschäftigt. Sie wird am 1. November bei der Proklamierung des Dogmas vom Heiligen Vater verlesen werden und ist in lateinischer Sprache geschrieben und wird unmittelbar nach der Verlesung in allen Sprachen veröffentlicht werden.

ROM. In einem Kommentar zu der neuen päpstlichen Enzyklika „Humani generis“ schreibt das Organ der katholischen Aktion Italiens, „Quotidiano“: „Man kann das Gefühl der Stärkung nicht verschweigen, das die Leser des Dokuments erfüllt, denn es verbreitet wie ein Windstoß die Vernebelung, die wissenschaftlich oder unwissenschaftlich angehaucht wurde, um selbst die notwendigsten Angelegenheiten zu verhüllen. Die Enzyklika muß als Dienst an der Wahrheit und an der Wissenschaft erkannt werden, einer Wahrheit, die jedes Denken und Suchen des menschlichen Intellekts charakterisieren muß.“

WARSAU. Das Warschauer Politbüro, das den „Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“ kontrolliert, hat eine Reihe von Priestern, die dieser Organisation angehören, gezwungen, eine antiamerikanische Erklärung zum Krieg in Korea zu unterzeichnen. Die Erklärung wurde von der gesamten polnischen Presse auf der ersten Seite veröffentlicht.

TORONTO. 5000 Delegierte aus 62 Nationen nahmen an der Tagung des Weltrates für christliche Erziehung teil, die im Anschluß an die ökumenische Tagung in Toronto stattfand. Das Treffen stand unter dem Motto „Jesus Christus, Lehrer und Herr“ und ist das erste seit der Osloer Tagung im Jahre 1908.

NEW YORK. Eine von Prof. James L. Kelsö, Pittsburgh, geführte Expedition hat in Palästina einen größeren Palast ausgegraben, von dem man annimmt, daß er um die Zeit von Christi Geburt durch Herodes den Großen oder seinen Sohn Archelaus erbaut wurde. Es ist der erste große Winterpalast aus römischer Zeit, der bisher im Nahen Osten festgestellt werden konnte

